Finanz- und sicherheitspolitische Realitäten erkennen

Autor(en): **Widmer, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **174 (2008)**

Heft 06

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-71424

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Finanz- und sicherheitspolitische Realitäten erkennen

Hans Widmer*

Vom Realismus der Umverteilungsinitiative

Die letzte grosse öffentliche Diskussion über die Steuerung der Armee mittels Finanzen fand im Jahr 2000 vor der Abstimmung zur Umverteilungsinitiative der SP statt. Sie forderte die schrittweise Halbierung der Militärausgaben (mit Richtjahr 1987) innerhalb von 10 Jahren. Nicht nur militante Gegner der Initiative sondern auch der Bundespräsident versuchten, die Initiative als lächerlich darzustellen und sie sprachen von einer verkappten Armeeabschaffungs-Initiative. Bei einer Annahme sei die Schweiz nicht mehr verteidigungsfähig und müsse sich zwangsläufig der NATO anschliesse. Die Initiative wurde denn auch mit 62 Prozent Nein-Stimmen an der Urne verworfen.

Rückblickend muss gesagt werden, dass die angeblichen Abschaffer den realistischeren Blick auf die Armee gehabt haben. Die Militärausgaben wurden seither massiv gesenkt und eine reale Halbierung liegt in Griffnähe. Die Initiativgegner hatten sich massiv verschätzt. Zufällig waren diese Fehlprognosen jedoch kaum. In Armeefragen hat die Schwarzmalerei System. So stand auch bei der Kampfjet-Initiative von Umweltschützer Franz Weber angeblich die Zukunft der Armee auf dem Spiel. Ähnlich tönt es bei den jährlichen Budgetberatungen.

Von der Weitsicht des «Aufwuchskonzeptes»

Sparen bei der Armee heisst aber nicht zwangsläufig eine Schwächung oder gar deren Abschaffung. Viele Sparanträge zielen auf Effizienz-Steigerungen ab, andere gegen unnötige Traditionen oder unnützes Material. Unsere Armee braucht angesichts der aktuellen Bedrohungslage nicht permanent in Alarmbereitschaft zu sein. Vielmehr soll dem Aufwuchs-Konzept der Armee XXI Rechnung getragen werden. Das Know-how zur Landesverteidigung muss in «Kernen» erhalten bleiben. Solange aber auf absehbare Zeit kein symmetrischer Feind zu entdecken ist, darf die Armee auch kleiner sein. Von einer Aushöhlung, wie Herr Seiler den aktuellen Zustand der Armee beschreibt, kann also keine Rede sein. Das Kernstück der Landesverteidigung bleibt erhalten, kostspielige, aber unnötige Traditionen werden hingegen abgeschafft.

Weil der Aufwuchs der Armee ja innerhalb einer nützlichen Frist möglich bleiben muss, ist dies die langfristigere Optik als der simple Ersatz von ausgedientem Material – jeweils mit der neusten Technik. Die Rüstungspolitik der Armee darf nicht nur vom Hinschauen auf den Rüstungsmarkt bestimmt werden, sondern vor allem vom Blick in die sicherheitspolitische Zukunft! Etwas gar polemisch erscheint denn auch der historische Exkurs mit dem Hinweis, dass die Zeit zum Aufrüsten selten reiche. Sollte dies zutreffen, so wäre es die Pflicht eines Generalsekretärs des VBS seinem Vorgesetzten, dem Parlament und auch der Bevölkerung dies ganz konkret aufzuzeigen. Dann müssten wir uns eventuell sogar von der Armee XXI verabschieden. Die einzige Bundesratspartei, welche dies fordert, denkt eher rückwärtsgewandt und möchte am liebsten zurück zu Panzerschlachten und zu Flugzeugen, die keine NATO-Kompatibilität haben. Damit wird aber die Schweiz nicht sicherer.

Von den grossen Umbauleistungen der Armeeverantwortlichen

Die Reformen der letzten Jahre stellten die Schweizer Armee vor grosse Herausforderungen, welche sie erstaunlich gut gemeistert hat. Permanentes Umbauen könnte ein Haus zum Zusammenstürzen bringen. Das ist aber beim «Hausumbau Armee» überhaupt nicht geschehen. Auslöser für den Umbau waren zugegebenermassen weniger ästhetische denn finanzielle Gründe. Die Finanzen waren gewichtiger als die veränderte Bedrohungslage. Das muss aber nicht unbedingt schlecht sein. Innerhalb gewisser verkrusteter Institutionen braucht es manchmal Antrieb von aussen. Die Armee war früher eine sprichwörtliche heilige Kuh, die man nicht kritisieren durfte, ohne gleich als Landesverräter abgestempelt zu werden. So wurden wichtige Entwicklungen verschlafen. Eine moderne Armee darf aber nicht in Traditionen verhaftet bleiben, sondern muss sich ständig weiterentwickeln.

Von der Suche nach neuen Betätigungsfeldern

Seit dem Ende des kalten Krieges und mit der Ausdehnung von EU und NATO fehlt der Schweizer Armee ein sichtbarer Feind und somit auch ein grosser Teil ihrer Legitimation. Nicht umsonst wurde der stete Abbau der Mittel von der Schweizer Bevölkerung goutiert. Deshalb suchte die Armee ungewohnte Betätigungsfelder und neue Legitimation. Diese fand sie – wenn auch verfassungsmässig auf mehr als wackligen Beinen – in der Inneren Sicherheit sowie im Engagement bei Grossanlässen. Für die Kantone bedeutet die Armee schlicht ein Reservoir an billigen Arbeitskräften. Würde das VBS jedoch marktgerechte Preise für die verschiedenen Sicherungs- und Logistikaufträge verlangen, würden die Kantone sich wohl wieder an unsere Verfassung erinnern, die solche Einsätze, ausser im Notstand, verbietet. Denn auch die Kantone müssen sparen. Und sogar die beste Milizarmee der Welt kann sich kaum mit privaten Logistikunternehmen messen. Die Armee verzerrt damit nicht nur den Wettbewerb, sondern gibt sich auch stets neue Aufgaben, die eigentlich nicht in ihren Kernbereich fallen. Ein Verzicht auf Einsätze im Inneren und die zahlreichen Logistikdienstleistungen brächten das Verhältnis von Aufgaben und Mitteln wieder mehr ins Gleichgewicht.

Vom Kreativitätspotenzial des Sparens

Herr Seilers Ausführungen zur Quantifizierbarkeit der Sicherheit scheinen mir zentral. Wer kann den Nutzen von Sicherheit in Geldwerten ausdrücken? Dieser ist freilich enorm, doch darf deswegen die Armee auch enorm viel kosten? Es müssen nämlich auch die sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten, beispielsweise eines Krieges, berücksichtigt werden. Gänzlich falsch wäre es, den Schluss zu ziehen, den hohen Nutzen der Abwesenheit von Krieg direkt auf die Armee zu beziehen. Befände sich unser Land ohne eine Verteidigungsarmee etwa im Krieg mit unseren Nachbarn? Wohl kaum. Ebenso unrealistisch ist die Annahme der garantierten totalen Sicherheit.

* Dr. phil.
Hans Widmer
SP-Nationalrat
Luzern

Auch die stärkste Armee der Welt konnte die Anschläge auf das World Trade Center in New York nicht verhindern. Und auch die wohl höchste Überwachungskamera-Dichte Europas bewahrte die Londoner U-Bahn nicht vor den Bombenattacken. Die Armee kann nicht alles leisten, fordert hingegen aber auch einen Tribut. Und dies leider nicht nur finanziell, wie die tragischen Unfälle in der Armee immer wieder belegen.

Kosten-Nutzen-Analysen führen uns also unweigerlich in eine Sackgasse. Legt man das Schwergewicht jedoch nur auf die Kostenfrage, kommen wir zu besseren und auch realistischeren Befunden. Die Kosten verursachen naturgemäss eine Begrenzung für jegliche staatliche Aufgabe, also auch für die Armee. Aus rein wirtschaftlichen Gründen wäre es unhaltbar, wenn in Friedenszeiten die militärische Landesverteidigung den grössten Anteil der Ausgaben einer Volkswirtschaft ausmachen würde, was in der Schweiz natürlich nicht der Fall ist. Wie hoch nun dieser Anteil aber wirklich sein soll, ist dann wieder eine politische Frage, welche sich um zufällige Prozentzahlen drehen würde. Die Kosten allein geben uns keine sinnvolle Antwort auf die Frage nach dem Mitteleinsatz. Sie holen uns aber zumindest auf den Boden der finanzpolitischen Realität zurück. So scheitert das rechtsbürgerlich-isolationistische Modell einer Armee, die uns auch vor (völlig unrealistischen) Angriffen einer Supermacht schützen würde, allein schon an den Kosten. Seriös angestellte Kosten-Nutzen-Überlegungen können uns helfen, gewisse Realitäten anzuerkennen. Zudem kann Sparen, wenn es nicht zum reinen Selbstzweck verkommt, auch eine gewisse Kreativität freisetzen, welche man bei den Reformen der letzten Jahre durchaus auch spüren konnte.

Von den Grenzen einer reinen Sparoptik

Wer nun aber allein auf Grund von Sparmassnahmen oder anderen finanziellen Vorgaben die Landesverteidigung planen will, begeht einen Fehler. Zudem sind gerade die armeefreundlichsten bürgerlichen Kreise Weltmeister im Erzeugen von finanzpolitischen Sachzwängen. Mit massiven Steuersenkungen, Schuldenbremsen und anderen budgetwirksamen Instrumenten zwingen sie den Staat zum Sparen. Dies führt zum Beispiel in der Bildungspolitik zu so absurden Situationen, dass der Staat beispielsweise bei der Finanzierung der Fachhochschulen die eigenen Gesetze und Vorgaben nicht mehr einhalten kann, weil das Parlament die entsprechenden und sogar im Gesetz vorgesehenen Mittel nicht spricht. Wenn sich Herr Seiler über das Primat der Finanzpolitik beklagt, kann er getrost einstimmen in den Chor der Bildungs-, Umwelt-, Sozial-, ja eigentlich aller redlichen Politiker. Und er hat natürlich recht!

Von der Priorität der Auftragsoptik

Wie sollen nun aber Aufträge und Mittel in Einklang gebracht werden, wenn uns Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht weiterhelfen, ebenso wenig wie die Finanzpolitik? Ganz einfach: Wenn wir ausgehend von den Mitteln keine Balance finden, so müssen wir die Aufträge ins Visier nehmen. Ich unterstütze Herrn Seilers Postulat, dass so viele Mittel bereitgestellt werden, um damit die Aufträge glaubwürdig erfüllen zu können. Damit wir ein Gleichgewicht erreichen, brauchen wir deshalb vernünftige Aufträge. Dazu muss sich die Armee auf ihre Kernkompetenz besinnen: Dies ist nicht die innere Sicherheit oder Verkehrskontrollen, sondern die Landesverteidigung! Die Grundfrage lautet: Nach welchen Kriterien lässt sich in der Schweiz (nicht in den USA!) Verteidigungsbereitschaft, zu der wir stehen, festlegen. Konkret: wie wird bestimmt, ob 6, 4, 3 oder 3,8 Mrd. Franken, ob 8 oder 15 Brigaden genügend sind, um die Sicherheit der Schweiz zu garantieren. Ausgangspunkt kann hier einzig und allein die aktuelle und absehbare Bedrohungslage bilden. Ohne Bedrohung braucht es auch keine Armee. Nur konkrete (aktuelle oder potenzielle) Bedrohungen legitimieren die Armee.

Auf Grund dieser Bedrohungslage können dann sicherheitspolitische Fragen beantwortet werden: Muss unsere Flugabwehr NATO-Standards entsprechen? Muss sich die Schweiz allein über Wochen und Monate in der Luft gegen einen symmetrischen Feind verteidigen können? Braucht es wirklich die Armee, um Politiker ans WEF zu kutschieren?

Von der veränderten Bedrohungslage

Die Bedrohungen haben sich fundamental geändert: Im Kalten Krieg standen gegnerische mechanisierte Armeen 200 bis 300 Kilometer östlich unserer Landesgrenzen. Heute sind wir in einem über 2000 km tiefen Raum von EU- und NATO-Staaten umgeben. Konventionelle Angriffsarmeen gibt es auch im Raum weit darüber hinaus keine. Eine der Schweiz feindliche, konventionelle Bedrohung ist auf lange Zeit nicht in Sicht. Im Gegenteil, die heutigen Mächte begründen ihre Macht nicht mehr auf territorialer Eroberung wie im 20. Jahrhundert. Statt territorialem Besitz zählt heute die Beherrschung, Beeinflussung oder Kontrolle von Netzwerken der Rohstoffversorgung, Kommunikation und Finanzflüssen. Computer können heute mehr Schaden anrichten als Panzer. Die Antwort darauf kann nicht nur aus einer konventionellen Armee bestehen.

Von der Priorität der Sicherheitspolitik gegenüber der Finanzpolitik

Aufgrund der veränderten Bedrohungslage sollen nun die Aufgaben der Armee festgelegt werden. Oft wird die konventionelle Bedrohungslage massiv überschätzt: Welche Fliegerstaffel durchquert den gesamten NATO-Luftraum um uns anzugreifen? Warum wurde das Panzerkrieg-Szenario nicht viel früher beerdigt? Diese Falscheinschätzungen führten zu unrealistischen Aufträgen und damit zu einer überdimensionierten Armee. Dass die SP die Lage vermutlich wieder richtig einschätzt, bestätigt das in einer Schublade des VBS liegende Armeekonzept von Hans-Ulrich Ernst. Der ehemalige Sekretär des EMD kann sich eine Armee mit 30 000 Mann vorstellen. Ähnliche Vorschläge unsererseits werden von rechtsbürgerlicher Seite jedoch alle nicht ernst genommen. Ist jedoch eine offene, sicherheitspolitische Diskussion unmöglich, so läuft die Steuerung der Armee weiterhin mittels Finanzpolitik. Wir sollten aber besser Sicherheitspolitik betreiben. Die Bedrohungslage müsste dabei ausschlaggebend sein, derweil die Finanzen nur einen limitierenden Einfluss hätten. Ob die Schweiz dann einen oder zwei Kampfjets mehr oder weniger braucht, entscheiden dann sicherlich wieder die Finanzpolitiker. Ob es sie aber überhaupt braucht, sollten wir sicherheitspolitisch gut begründen können. Sonst verliert die Armee weiter an Legitimation und Rückhalt in der Schweizer Bevölkerung. ■